

A22 Recht auf informationelle Selbstbestimmung für Personen im Strafverfahren stärken

Antragsteller*in: Jusos Erfurt

Antragstext

1 Personen die Teil eines Strafverfahrens werden, müssen in der Regel Eingriffe in
2 ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung akzeptieren. Diese Eingriffe
3 werden im § 68 StPO geregelt. Demnach müssen Personen am Beginn einer Vernehmung
4 Angaben über ihren Vornamen, Nachnamen, Geburtsnamen, Alter Beruf und ihrer
5 vollständigen Wohnanschrift wahrheitsgemäß tätigen. In der Praxis werden
6 regelmäßig weitere Angaben, wie der Familienstand, die Telefonnummer und die E-
7 Mail-Adresse erfragt.

8 Nach dem § 68 Absatz 2 StPO können Personen statt ihrer vollständigen
9 Wohnanschrift eine andere ladungsfähige Anschrift angeben. Dies ist jedoch nur
10 in Ausnahmefällen möglich, wenn ein begründeter Anlass zur Besorgnis besteht,
11 dass durch die Angabe der vollständigen Anschrift Rechtsgüter der Person
12 gefährdet werden. Aufgrund der notwendigen Begründung, wird diese Möglichkeit
13 nur in Ausnahmefällen genutzt.

14 Sobald Rechtsanwalt:innen Akteneinsicht einfordern, können die Akte, sowie
15 Beweismittel mit Mandant:innen eingesehen werden. Diese erhalten somit Einsicht
16 in die persönlichen Daten aller anderen Personen, die Teil des Strafverfahrens
17 sind.

18 Um die Wahrscheinlichkeit des Missbrauches persönlicher Daten zu verringern,
19 sowie Hemmungen vor dem Anzeigen von möglichen Straftaten zu verhindern fordern
20 die Jusos Thüringen eine Überarbeitung des Umganges mit persönlichen Daten im
21 Strafverfahren.

22 Demnach müssen Personen weiterhin alle bereits erforderlichen Angaben
23 wahrheitsgemäß tätigen. Diese Sammlung persönlicher Daten aller Person, welche
24 Teil des Strafverfahrens sind sollen in einem gesonderten Dokument abgelegt
25 werden. Zugriff auf dieses Dokument ist der zuständigen Ermittlungsbehörde und
26 dem zuständigen Gericht gestattet. Um Akteneinsicht durch Rechtsanwalt:innen
27 weiter zu ermöglichen, werden in den restlichen Dokumenten nur der Vorname,
28 Nachname, Alter, Geschlecht und eine Wohnortsangabe ohne Straßename und
29 Hausnummer von Personen erwähnt. Alle weiteren Angaben werden in dem gesonderten

30 Dokument gelistet. Falls Rechtsanwalt:innen weitere Daten für die
31 Gerichtsverhandlung von Personen benötigen, können diese im Einzelfall durch das
32 Gericht in begründeten Ausnahmefällen herausgegeben werden.